

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei direktem Postbezugs monatlich 4.45 M., bei Zustellung unter Straßband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interessenten für die vierteljährliche oder halbjährliche Abnahme des 'Freiheit' sollten die vierteljährliche oder halbjährliche Abnahme des 'Freiheit' bei der Expedition aufgeben sein. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inzeraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Beginn des italienischen Sozialistenkongresses.

## Scharfmacher- und Regierungs-diktatur gegen die Arbeiterschaft.

Von Richard Müller.

Der Streik der Berliner Metallarbeiter verschärft sich mit jedem Tage. Die Haltung der kämpfenden Parteien, wie auch die mögliche Auswirkung des Streikes zwingen schon jetzt einer näheren Prüfung der Ursachen, der verschiedenen symptomatischen Begleiterscheinungen, wie auch der möglichen Folgen des Streiks, sowohl für die Arbeiter, wie auch für das gesamte wirtschaftliche Leben.

Die starke Entwertung des Geldes, die vollständige Anarchie auf wirtschaftlichem Gebiete und die damit verbundene ständig schmerzlicher werdende Lebensmöglichkeit zwingen die Arbeiter und Angestellten, hohe Löhne und Verdienste zu fordern, diese auch gegebenenfalls mit Hilfe des Streiks zu erzwingen. Die Arbeiterschaft steht unter einem wirtschaftlichen Zwang. Die Behauptung, daß sich der „empfindlichen Masse“ ein „Streikbazillus“ bemächtigt habe, daß Geher und Bühler die Masse zum Streik verleiten, erweist sich als Geschwätz oder Verleumdung. Das Mittel des Streiks wird heute auch von Leuten angewandt, die wahrlich nicht unter dem Einfluß kommunistischer oder unabhängiger „Geher“ stehen, wie die Streiks verschiedener Kategorien aus dem Lager der Intellektuellen am besten beweisen. Solange die gegenwärtige Regierung die von ihr bisher eingeschlagene Politik weiterverfolgt, wird es ihr nicht gelingen, der Anarchie auf wirtschaftlichem Gebiete Herr zu werden und damit eine stärkere Produktion zu erzielen; so lange wird aber auch eine Erleichterung der Lebensmöglichkeit nicht eintreten, und damit auch kein Abflauen der Streiks.

Die Stundenlöhne und Verdienste der Berliner Metallarbeiter sind zum Teil seit Ausbruch der Revolution gesunken, trotzdem der Lebensunterhalt weitaus teurer geworden ist. Das alte, sehr umfangreiche Kollektivabkommen, das Anfang dieses Jahres abgeschlossen wurde, ermöglichte den Unternehmern einen Abbau der Verdienste und verhinderte die durch die ständig teurer werdende Lebenshaltung notwendige Steigerung. Die Metallindustriellen versuchten (trotz aller gegenteiligen Erklärungen) den Abbau der Löhne. Das alte Kollektivabkommen ermöglichte das, aber es gab den Arbeitern noch eine gewisse Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, wenn auch meist ohne Erfolg. Beide Parteien waren schließlich mit der Kündigung des Abkommens einverstanden, weil keine ihre Interessen dabei in dem geringsten Maße zu wahren vermochte. Die Unternehmer rüfteten sofort zum Streik, und als die Metallarbeiter auswichen, wurde der Kampf provoziert.

Bereits Anfang Juli d. J. sah sich die „Freiheit“ gezwungen, diese kapitalistischen Streikprovokateure an den Pranger zu stellen. Der von dem argsten Scharfmacher der Berliner Metallindustriellen — Herrn von Siemens — geplante Schlag gegen die Organisation der Arbeiter konnte rechtzeitig durch die Einigkeit der Arbeiterschaft abgewehrt werden. Immer wieder hat die Organisationsleitung der Metallarbeiter durch Verhandlungen eine Beilegung der Differenzen zu ermöglichen versucht. Alle diese Versuche scheiterten. Der nach Abbruch der Verhandlungen vom Reichsarbeitsminister eingeleitete Schlichtungsausschuß schloß am 21. August einen Schiedsspruch, der von den Arbeitern angenommen wurde, da er ja noch eine geringe Möglichkeit zur Abwehr der drohenden Verschlechterung bot. Die Unternehmer versuchten bei der auf Grund dieses Schiedsspruchs vorgeschobenen Klassifizierung der Berufsgruppen den Abbau der Löhne zu ermöglichen, und fanden dabei die Unterstützung des vom Arbeitsminister gestellten unparteiischen Vorstehenden. Um einer gesetzlichen Festlegung dieser Verschlechterung vorzubeugen, mußten die Metallarbeiter den Abwehrkampf aufnehmen.

Trotzdem dieser Zustand allernäher festliegt, behauptet die gesamte kapitalistische Presse als Sprachrohr der Metallindustriellen und der Regierung das Gegenteil. Dabei wird versucht, den ausgebrochenen Streik zu einem politischen Tendenzstreik umzuwandeln und den Anschein zu erwecken, als ob die Rüstungskommission von dem unabhängig-kommunistischen Volkstagsrat gelassen würde. Von kapitalistischer Seite kann man schließlich nichts anderes erwarten. Aber warum beteiligt sich auch der „Vorwärts“ an dieser Deje? Bereits am 11. September, als die Verhandlungen eben abgebrochen waren, erteilte sich der „Vorwärts“ die Behauptung, daß bei dem Ergebnis der Verhandlungen von einer Gerabückung der bestehenden

### Erklärung der Parteibewegung.

Bern, 6. Oktober.

Western ist der Sozialistenkongreß in Bologna unter sehr starker Beteiligung zusammengetreten. Das Direktionsmitglied Barzani eröffnete ihn mit heftigen Angriffen gegen die Regierung, die sich nur durch reaktionäre Maßnahmen, wie die Wiedereinführung der Zensur, halten könne. Er las dann einen Begrüßungsbrief der russischen Sowjetrepublik unter stürmischen Kundgebungen für Lenin und Sowjetrußland vor. Parteisekretär Lazzari stellte ein weiteres Anwachsen der Partei und der straffen Disziplin in dieser fest, wodurch die Wahrscheinlichkeit des Gelingens von Waffenaktionen zur Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht jugenommen habe. Im Namen der maximalistischen Gegner der Wahlbeteiligung sprach Bordiga unter scharfen Angriffen gegen die sozialistische Kammerfraktion.

Erwiderte antwortete in deren Namen. Er erklärte, daß der Appell an die Gewalt, der heute von vielen Genossen verlangt werde, ein Axiom der Sozialisten sei. Der Barzani-Sozialismus unter Leitung der Minderheit führe nur ins Verderben. Die Gesamtheit wolle keine Einzelaktion. Jedenfalls sei gegenwärtig nur ein ganz unscheinbarer Teil der Arbeiterschaft für einen gewaltigen Umsturz zu haben.

Die Meinung der überwiegenden Mehrheit des Kongresses gab Barzani wieder, als er die Notwendigkeit einer Revolution für die Errichtung der Diktatur des Proletariats forderte, aber auch gleichzeitig die Beteiligung an den Wahlen als unerlässlich verlangte.

Aus den Verhandlungen des ersten Tages kann festgestellt werden, daß zwar ein tiefer Gegensatz zwischen Reformisten und Maximalisten besteht, daß aber niemand eine Trennung wünscht und daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Einheit der Partei erhalten bleiben wird.

### Der baltische Hegentessel.

Wir veröffentlichen dieser Tage einen Auszug aus den „Geheimen Nachrichten“ des Generalkommandos des 6. Reservekorps in Mitau, in dem es heißt, daß man die deutschen Völkchen an der deutsch-lettischen Demarkationslinie nicht verstärken werde, um es zu einem Angriff kommen zu lassen. Das Generalkommando sei darauf vorbereitet und habe in den hinteren Räumen größere Truppenverbände versammelt, um sofort zum Gegenangriff übergehen zu können.

Aus dem Inhalt der „Geheimen Nachrichten“ geht hervor, daß die Herren vom Generalkommando des 6. R. A. nichts sehnlicher wünschen, als einen Angriff von seiten der Letten, um dann einen neuen frisch-fröhlichen Krieg gegen die Letten in Szene setzen zu können. Im Einklang mit diesen Plänen steht eine gestern abend von Wolffs Bureau verbreitete Meldung der Pressestelle beim Generalkommando des 6. R. A., wonach es in der Nacht vom 28. zum 29. September an der Demarkationslinie zwischen Mitau und Riga zwischen den Letten und den Deutschen zu einem Feuergefecht gekommen sei. Es heißt dann weiter in dieser Meldung:

Lettsch-estnische Truppen greifen die russischen Formationen seit Tagen immer wieder an, die seit einiger Zeit an Stelle deutscher zum Abtransport nach Deutschland bestimmter Truppen die Demarkationslinie zwischen Mitau und Riga besetzt halten. Der lettischen Regierung wurde rechtzeitig von dieser Ablösung deutscher Truppen durch russische Formationen Mitteilung gemacht. Außerdem ist die englische Mission in Riga in Person des Brigadegenerals Durr durch den Grafen von der Goltz davon unterrichtet worden, daß neuerdings russische Formationen die Besetzung des Oiazer Abschnittes der Demarkationslinie stellen.

Angehts der ganzen Situation im Baltikum erscheint es recht wenig glaubhaft, daß die lettisch-estnischen Truppen die sogenannten „russischen Formationen“ angreifen, die sichtlich an Stelle der deutschen Truppen in Kurland aufgestellt sind. Wir wissen, daß diese Formationen zum überwiegenden Teil aus Deutschen bestehen, die dem Befehl zum Rückmarsch keine Folge leisteten, und die sich unter dem Befehl des Obersten Vermont gestellt haben. Dieser Oberst Vermont ist niemand anders als der russische Fürst Borussow, ein Abenteurer und Freibeuter klünstlicher Art, der

nicht einmal die russischen weißgardistischen Generale (Rudnitsch, Denikin usw.) anerkennt, sondern mit Unterstützung der deutschen Junker und Schwerindustriellen Krieg auf eigene Faust führt und sich in Kurland selbständig gemacht hat. Es ist nun recht interessant, daß Graf Goltz diesem Abenteurer gleichsam die Herrschaft über das kurländische Okkupationsgebiet abtritt, und sogar die Entente offiziell in Kenntnis setzt, daß diese russischen Formationen die Besetzung der Demarkationslinie stellen. Diese Ablösung ist ein Unfug schlimmster Art. Ganz abgesehen davon, daß diese angeblich russischen Formationen zum größten Teile aus Deutschen bestehen, die sich als Russen maskiert haben, ist die Frage von nicht unerheblichem Interesse, mit welchem Recht Graf Goltz die Herrschaft über einen großen Teil der lettischen Republik einem hergelaufenen Abenteurer überträgt, der von keiner Regierung anerkannt wird und hinter dem keine russische Partei steht. Da Graf Goltz in seiner amtlichen Eigenschaft so gehandelt hat, wird die Regierung nicht umhin können, sich schleunigst zu dieser Frage zu äußern.

Ueber den Grafen Goltz liegt eine Meldung der Petersburger Telegramm-Agentur vor, wonach er mit samt seinem Stabe zu den Russen übergegangen sein soll. Die „R. P. M.“ erklären diese Nachricht für glatt erfunden, man wird indes gut tun, abzuwarten, wie sich die Affäre Goltz weiter entwickelt.

Die Kreise, die hinter Goltz stehen, entfalten noch wie vor eine rührige Tätigkeit. Das Zentrum dieser reaktionären Treibereien ist Berlin, wo die deutschen und russischen Reaktionen unter reger Beteiligung deutsch-baltischer Junker alle Sebel in Bewegung setzen, um das baltische Abenteuer, wenn auch in anderer Form, fortzusetzen. Es ist nicht uninteressant, daß der lettische reaktionäre Führer Medwa, der nach dem Sturz der lettischen Regierung im April d. J. von den baltischen Junkern zum Ministerpräsidenten gemacht wurde, in Berlin eingetroffen sein soll, um mit den deutsch-russischen Reaktionen in Fühlung zu treten.

### Die estnische Agrarreform.

Reval, 6. Oktober. (E. U.)

Die estnische konstituierende Versammlung hat in dritter Lesung den ersten Artikel des Agrargesetzes mit folgendem Wortlaut angenommen: Zur Errichtung eines dem Staate zur Verfügung stehenden Grundbesitzes werden alle auf dem Boden der estnischen Republik befindlichen Güter und Ländereien, die im § 507 des baltischen Landesgesetzes genannt sind, samt allem auf ihnen befindlichen Inventar, gleichgültig, ob es dem Gutbesitzer, Inhaber oder Pächter gehört, zugunsten des Staates enteignet. Von der Enteignung ausgenommen sind Güter und Landestellen der Städte, wohlthätigen und wissenschaftlichen Vereine, sowie der Distrikte und Gemeinden, ferner das Inventar der Inhaber von Kirchengütern und Ländereien, falls sie nicht zu Mittergutbesitzern gehören, und das Inventar der Gutspächter, die nicht Mittergutbesitzer sind, und deren Pachtvertrag vor dem 11. November 1918 geschlossen wurde.

### Die elfsch-lothringische Regierungsform.

Paris, 6. Oktober.

Die Kammer stimmte am Sonnabend morgen einem Beschlusse über die vorläufige Regierungsform in Elsch-Lothringen zu, der dieses Land unter den gegenwärtigen Regierungsverhältnissen läßt und erklärt, daß die französischen Gebiete erst dann angewendet werden sollen, wenn die Vertreter Elsch-Lothringens ihre Plätze im französischen Parlament einnehmen werden.

### Deutsch-ischwedische Handelsbeziehungen.

Berg, 4. Oktober.

Heute begibt sich eine Abordnung von Regierungsvertretern, geführt durch den Staatssekretär vom Handelsministerium Dr. Schuster, nach Berlin, um dort Handelsbeziehungen zwischen der Ischodomskaei und Deutschland vorzubereiten. Von Berlin beabsichtigt die Abordnung nach Hamburg abzureisen behufs Stabilisierung des der Ischodomskaei zugesprochenen Teiles des Hamburger Hafens. Die Kommission wird sich etwa 14 Tage in Deutschland aufhalten.

Werdnisse nicht die Rede sein könne. Und trotz darauf schrieb er über die „Drachtzieher“, die die Gewerkschaften für ihre politischen Ziele ausnutzen wollten. Dabei bezeichnete er die Berliner Metallarbeiter als die anerkannte „Sturmfront“ der im Hintergrund Stehenden. Und als am 16. September die „Freiheit“ den Vorstoß der Unternehmer auf Abbau der Löhne kennzeichnete, da beeilte sich der „Vorwärts“, am gleichen Tage in seiner Abendausgabe mit gewissen Vorbehalten die Unternehmung gegen diese Vorwürfe in Schutz zu nehmen. Wiederholt hat der „Vorwärts“ seine Spalten den Berichten einer bürgerlichen Korrespondenz geöffnet, die ihre Aufgabe in der Bekämpfung der Streikenden erblickt. Auch weist er es für seine Aufgabe, angeblich wegen des „allgemeinen Interesses“, die unwahren und tendenziös gefärbten Auslassungen der „Mitteilungen der Metallindustriellen“ im wesentlichen wiederzugeben. Wiederholt hat er auch erklärt, daß zu Kampfmaßnahmen kein Anlaß vorliege, daß auch in den Streifen der Arbeiter gegen solche Maßnahmen erhebliche Bedenken beständen, und daß der erforderliche Plan zu solchem Kampfe fehle. Ja, er erdreistet sich sogar, von einem problematisch begonnenen Streik zu schreiben, der geführt wird, weil „angenommen“ werde, daß die Unternehmer eine Verschlechterung der gegenwärtigen Löhne ankündeten. Auch die gesamte Provinzpresse der Rechtssozialisten treibt dieses zweifelhafte Spiel. Hier liegt offenbar Sabotage gegen den Streik vor. Alle am Streik beteiligten Anhänger der Rechtssozialisten, und besonders die Mitglieder der Streikleitung sind zweifellos anderer Meinung als der „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ hat gewiß eine schwierige Aufgabe zu lösen. Mahgebende Kreise der Rechtssozialisten, insbesondere ihre Regierungsmänner, sind Gegner des Streiks und möchten ihn niederschlagen. Dieser Stimmung muß der „Vorwärts“ Rechnung tragen und dementsprechend die Deffektivität bearbeiten. Der „Vorwärts“ kann aber die Stimme der übrigen Parteimitglieder auch nicht ganz unterdrücken, und so kommt es, daß er auf der einen Seite mit allen Mitteln den Streik zu sabotieren sucht, während auf der dritten Seite an versteckter Stelle die wahre Meinung der Parteimitglieder einen Platz findet. Die widersprechenden Meinungen innerhalb der rechtssozialistischen Partei sind verständlich, wenn man den Streik nicht nur noch seinem äußerlichen Gepräge beurteilt, sondern als Ausdruck der bestehenden wirtschaftlichen Anarchie mit allen möglichen Konsequenzen zu werten versucht.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch nimmt immer größeren Umfang an. Nur eine gestiegene Produktion könnte das drohende Chaos verhüten. Die Steigerung der Produktion wird unterbunden einmal durch die verfehlten Maßnahmen der Regierung auf wirtschaftlichen Gebieten, dann aber auch durch ihre reaktionären, die Arbeiterkraft bis aufs Blut reizenden innen- und außenpolitischen Maßnahmen. Die Regierung versucht mit Hilfe des kapitalistischen Systems und der alten Staatsbürokratie unter Anwendung der militärischen Gewaltmittel der verzweifeltsten Lage Herr zu werden. Sie muß die gerade Forderung der Arbeiterkraft nach einer erträglichen Lebensweise ablehnen, denn sowohl die Aufrichtung der zusammengebrochenen kapitalistischen Wirtschaft, wie auch die Erhaltung eines Soldatenheeres nebst der alten Staatsbürokratie verschlingt fast alle erzeugten Werte. Jeder Streik, ob auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiete, macht die Lage der kapitalistischen Gesellschaft und die der Regierung schwierig. Sie muß ihn wiederzuschlagen versuchen, auch wenn er noch so gerechtfertigt erscheint; denn sie kann, wenn sie ihre Politik weiter verfolgen will, der Arbeiterkraft keine erträgliche Lebenshaltung gewähren, sie kann damit auch die Ursachen des Streiks nicht beheben.

Die Regierung hat zunächst versucht, die durch die elende Lage der Arbeiterkraft bedingten Massenkämpfe durch ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren zu bannen. Auch das alte Kollektivabkommen der Metallarbeiter stellte einen solchen Versuch dar. Der Versuch ist gescheitert an den harten Interessengegensätzen zwischen Arbeit und Kapital. Die Streitfälle häuften sich so, daß die zur Schlichtung erforderlichen Instanzen und Personen gar nicht beschafft werden konnten. Das wird sich übrigens auch zeigen, wenn das Gesetz über Betriebsräte in seiner gegenwärtigen Form durchgeführt werden sollte. In ihrer ungläublichen Verblendung sieht die Regierung nicht die wahren Ursachen der Streiks. Auch die angeblichen Sozialisten in der Regierung haben verstanden, was sie früher lehrten. Sie erblicken heute das entscheidende Heilmittel in dem, was Herr Gotheim im Reichstage empfohlen hat: „Diese Streiks müssen sich totlaufen.“ Sie wollen auch nichts von Vermittlung wissen, sie wollen ein Exempel statuieren und bewegen sich dabei ganz in den Gedankenengängen des Obersten Reinhard, der über seine Tätigkeit in Oberschlesien berichtete und dabei wörtlich erklärte:

„Ich fuhr wie ein Donnerwetter drein. Ein paar Räubersführer, die schlimmsten, wurden niedergeschlagen. So was muß sein. Arbeitszwang wurde ausgesprochen. Und Sie hätten nur sehen sollen, wie die Arbeiter am nächsten Morgen auf der Arbeitstätte erschienen! In ihren schwarzen Stratenröcken kamen sie angelaufen. Die Ordnung war wieder hergestellt.“

Die Metallarbeiter führen einen wirtschaftlichen Abwehrstreik. Sein wirtschaftlicher Charakter steht zweifellos fest. Die Regierung muß ihn zunächst zu einem Streik mit politischem Ziele machen. Das ist der Zweck der Hege der bürgerlichen Presse, an der sich auch der „Vorwärts“ beteiligt. Wäher sind diese Versuche gescheitert; sie werden aber fortgesetzt, um die geplanten Maßnahmen durchführen zu können. Das Verbot der Gewerkschaftsversammlungen, die Verhaftung der Referenten, das Schießen auf die Streikenden, die Zusammenziehung der Truppen rings um Berlin und ihre Anquartierung in den bestreikten Gabelten lassen keinen Zweifel über die geplanten Maßnahmen. Die Arbeiterkraft soll provoziert werden. Auch die lebhafte gegen den Vollzugsrat unternommenen Maßnahmen deuten darauf hin. Damit hofft man bald die Gelegenheit zum militärischen Einschreiten und zum gewalttätigen Niederschlagen des Streiks zu finden.

Das Mittel, das mit Erfolg in Oberschlesien angewandt wurde, soll jetzt scheinbar in Berlin wiederholt werden. Es gilt der Regierung als Abwehrmittel gegen den Streikhaufen. Daß den Berliner Metallarbeitern

heute geschieht, kann morgen allen anderen Gewerkschaften in ihrem Kampfe auch geschehen.

Darum wird der Metallarbeiterstreik mehr und mehr zu einem Abwehrstreik der gesamten Arbeiterschaft, an dem alle Gewerkschaften interessiert sind. Aus diesem Grunde wird auch der am kommenden Montag zusammen tretende Verbandstag der Metallarbeiter zum Berliner Streik Stellung nehmen müssen und sicher auch die notwendigen Abwehrmaßnahmen beschließen.

Die Regierung glaubt, zur Zeit die Macht zu haben, den Berliner Metallarbeiterstreik mit militärischen Gewaltmitteln niederzuschlagen. Damit wohnt sie einmal die kapitalistischen Interessen und hofft gleichzeitig, der Arbeiterschaft und ihrer Organisation einen Schlag zu versetzen. Letzteres mag vielleicht eintreten. Nur fragt sich, ob damit auch der Streikhaufen vernichtet wird, den die Regierung doch vernichten will. Ich wage das zu bezweifeln. Wohl weiß ich, daß der Gewerkschaftsbewegung ein Stoß verfehlt werden könnte; aber damit würde die Bahn frei für andere Kräfte, die zwar weniger nach gewerkschaftlichen Grundgedanken den Kampf führen, dafür aber ein wildes Aufschäumen unzähliger Leikämpfe erzeugen. Ob zum Nutzen der Arbeiterschaft und zum Schanden des kapitalistischen Systems und der Regierung, oder umgekehrt, ist eine Frage, die heute niemand zu beantworten vermag.

## Freiwill.

Die Haftentlassung Ernst Meyers wiederum abgelehnt.

Das Reichsmilitärgericht hat gestern die Beschwerde Ernst Meyers gegen den wider ihn erlassenen Schutzhaftebefehl aufs neue verworfen. Die Entscheidung des Senats führt aus, daß schon die Innehaltung einer führenden Stellung in der kommunistischen Partei genüge, um bei der Staatsgefährlichkeit der Ziele dieser Partei die Aufrechterhaltung der Schutzhafte zu rechtfertigen. Am 10. April, als das Reichsmilitärgericht das vorletzte Mal über die Beschwerde Ernst Meyers gegen den Schutzhaftebefehl verhandelte, hatte es in anderer Weise die Aufrechterhaltung der Schutzhafte abgelehnt. Es hieß in der damaligen Entscheidung, daß die bloße Mitgliedschaft der kommunistischen Partei zur Verhängung der Schutzhafte noch nicht genüge, daß es vielmehr des Zutretens besonderer Katumstände bedürfe, die den Verdacht rechtfertigen, daß das einzelne Mitglied die Erreichung der Parteiziele unter allen Umständen, also auch unter Anwendung von Gewalt, billige und gegebenenfalls fördern werde. Das Vorliegen dieser Voraussetzung sei von Fall zu Fall, besonders unter Berücksichtigung der Persönlichkeit des Beschwerdeführers zu prüfen.

Die neueste Entscheidung des Reichsmilitärgerichts macht also die führenden Personen der kommunistischen Partei zum Freiwill der Militärjustiz. Das Gericht erklärt es für unerheblich, ob das einzelne Mitglied der kommunistischen Partei die Anwendung von Gewalt oder anderer nach Meinung der Militärs illegaler Mittel mißbilligt oder nicht. Es genügt dem Militärgericht, daß das einzelne Mitglied eine führende Stellung in der kommunistischen Partei einnimmt, um es aller staatsbürgerlichen Rechte zu berauben. Das Reichsmilitärgericht stellt sich also damit im Gegensatz zu der Erklärung, die die Reichsregierung seinerzeit in der Nationalversammlung abgegeben hat.

In dem Falle Ernst Meyer wirkt diese Freiheitsberaubung noch besonders aufreizend. Das Gericht nimmt nämlich an, daß die jetzigen politischen Verhältnisse gefährlicher seien, als sie im März und April waren. Vor einigen Tagen erst hat das gleiche Gericht den Haftbefehl gegen zwei Eisenbahner mit der Begründung aufgehoben, daß die politischen Verhältnisse jetzt ruhiger geworden seien; mit seiner neuesten Entscheidung widerspricht es sich also selbst. Meyer ist schon vor den Märzuntersuchen in Untersuchungshaft genommen worden, diese Haft wurde aber aufgehoben, weil keinerlei Verdachtsgründe gegen ihn vorlagen. Meyer ist dann in Schutzhafte genommen worden, konnte sich also an den Ergebnissen im März gar nicht beteiligen. Auch sein Gesundheitszustand ist so schlecht, daß es ihm nicht möglich sein würde, eine aktive politische Rolle zu spielen. Trotzdem also weder die allgemeinen noch die persönlichen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Schutzhafte gegen Meyer vorliegen, selbst wenn man den Gedankenengängen der Militärjustiz folgen wollte, wird dieser Mann auch fernherhin seiner Freiheit beraubt und einem langsamen aber sicheren Tode überliefert.

Wir erheben härtesten Protest gegen diese aller Menschlichkeit hohnsprechende Behandlung eines unbedeutenden Politikers. Wenn die Rechtssozialisten in der Regierung noch einen Rest von Scham aufzubringen vermögen, so wäre es ihre Pflicht, für die sofortige Befreiung des Ausnahmestandes gegen die kommunistische Partei, für die Einstellung der Jagd auf kommunistisches Freiwill zu sorgen!

## Freispruch im Aufrührerprozess der Reutköhner R. S. W.

Mit einem großen Aufwand sittlicher Entrüstung wurde der Aufrührerprozess gegen die 13 Mitglieder des 12. Depots der R. S. W. in Reutköhn eingeleitet. Lauterke noch die Anklage auf militärischen Aufruhr, Meuterei, Landfriedensbruch, Aufreizung zum Ungehorsam, Bewaffnung von Zivilisten, Heerei, Freiheitsberaubung und Unterschlagung. Schon bei Beginn der neuntägigen Verhandlung zeigte es sich, auf welcher schwachen Grundlage die Anklage aufgebaut worden war. Die Verteidiger, insbesondere Genosse Dr. Weinberg, unterließen es denn auch nicht, die Rechtsfertigkeit der Anklageerhebung scharf zu kritisieren. Man glaubte aber, den im Falle einer radikalen Bestimmung stehenden Mitgliedern der R. S. W. eins am Jenge flüden zu können und so schreckte man nicht davor zurück, auf vage Voraussetzungen hin schwere und ehrenrührige Anklagen zu erheben. Während der Verhandlungen ist nun das ganze Anklagegebäude völlig zusammengebrochen.

Die Untersuchung ergab im allgemeinen das bereits früher von uns geschilderte Bild über die Märzkämpfe am den Marstall. Es wurde aber auch festgestellt, daß die angebliche Aufhebung der Soldaten zum Kampf gegen die Regierungstruppen von Polizeispionele betrieben wurde. Bei der Bewaffnung von Zivilisten handelte es sich um einen mit Wägen und Waffen des Arbeiterrats vorgenommenen notwendigen Akt zum Schutze der Lebensmittel- und Bekleidungsdepots in den Kasernen. Der einzigen Angeklagten zur Last gelegte Diebstahl, die Unterschlagung und Heerei entpuppten sich als eine Sicherheitsmaßnahme für die ausstehende Wohnung. Die nach dem Marstall

geübten Sicherheitsmaße glaubten, ihren dort bedrängten Kameraden gegenüber den von reaktionären Offizieren geführten bewilligen zur Hilfe eilen zu sollen.

So fiel eine Anklage nach der anderen in sich zusammen, jedoch selbst der Anklagebetreuer die Freisprechung der Angeklagten beantragte. Genosse Dr. Weinberg wies als Verteidiger darauf hin, daß lediglich politischer Natur gegen die Angeklagten diese haltlose Anklage verurteilt hat. Er beantragte nicht nur die Freisprechung, sondern auch die Wahrung einer Entschädigung an die Angeklagten für die erlittene Untersuchungshaft. Das Gericht schloß sich dem Antrag der Verteidigung vollkommen an. Es sprach sämtliche Angeklagte frei und billigte ihnen den Anspruch auf eine Entschädigung für die Untersuchungshaft zu.

So endete dieser Aufrührerprozess mit einer vollständigen Niederlage der Anklagebehörde. Daß er überhaupt möglich ist ein charakteristisches Symptom für die gegenwärtigen Verhältnisse in unserer „freien“ Republik.

## Die Kölner Gemeindevwahl.

Die Stadtverordnetenwahlen in Köln deuteten für die Unabhängige Sozialdemokratie einen folg. Wir haben unsere Stimmenzahl gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung mehr als verdoppelt. Dieses Resultat ist um so erfreulicher, da wir in Köln unter besonders schweren Umständen arbeiten mußten. Bei der Begründung der Unabhängigen Sozialdemokratie blieben fast alle Führer und Funktionäre bei der alten Partei, so daß unsere Organisation von unten herauf aufgebaut werden mußte. Dazu kommt der Mangel eines Tagesblattes, da wir nur — und das auch erst seit einiger Zeit — ein zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt verfügen, noch dazu mit zahlreichen technischen Schwierigkeiten im Kampf hat, während die rechtssozialistische „Rheinische Zeitung“ über großen Einfluß verfügt. Deshalb ist in der doppelung unserer Stimmenzahl ein sehr erfreuliches Symptom unseres ständigen Fortschreitens zu erblicken.

## Die rechtssozialistisch-demokratische Verbrüderung in Sachjen.

Dresden, 6. Oktober. M. L. W. teilt mit: Die sächsische Volkstammer nahm nach längerer Ferienpause ihre Vollziehung wieder auf. Regierungstische waren sämtliche Mitglieder der neu gebildeten Regierung erschienen, darunter die beiden neuernannten Reichspräsidenten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Ministerpräsident Dr. Gradnauer eine Regierungserklärung ab, um dem Hause Mitteilung zu machen über Veränderungen innerhalb der Regierung, und erweiterte eingehend die langwierigen Bemühungen auf Schaffung eines parlamentarischen verfassungsmäßigen Ministeriums. Nachdem die Verhandlungen mit den Unabhängigen an unannehmbaren Bedingungen gescheitert seien, schloß sich die sozialdemokratische und die deutschdemokratische Partei zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden.

Die Verhandlungen mit der Unabhängigen Sozialdemokratie sind deshalb ergebnislos verlaufen, weil die sächsischen Parteigenossen verlangt hatten, die Reichspräsidenten sollten eine sozialdemokratische Politik betreiben. Dieses Verlangen erschien diesen aber unannehmbar, und deshalb verbündeten sie sich mit den Demokraten. Das Wesen des Rechtssozialismus wird durch dieses Bündnis mit dem kapitalistischen Bürgertum unübersehbare gekennzeichnet.

## Maßregelung eines rechtssozialistischen Rebellens.

Mehr und mehr tritt bei den Rechtssozialisten der jener jüngeren oppositionellen Kräfte ausgeschaltet, die in falschen Glauben sind, aus der S. D. noch eine sozialistische Partei machen zu können. So ist es jetzt in Hamburg den durch seine scharfe Kritik an den Parteibögen ihr Mitglied gezogen hatte, dem „Echo“ zu entfernen. Wie wir erfahren, er hat Hamburg schon verlassen. Die Maßregelung Schiller durch seine Opposition gegen das Regime bei der Hamburger Arbeiterkraft bekannt geworden ist, zeigt uns, daß in der der Rechtssozialisten jeder wahrhaft sozialistische Geist brüht; und nur der Untertugendgeist noch gebildet wird.

## Zum Seemannsstreik.

Hamburg, 6. Oktober. Die Vereinigten Fischdampferreedereien beschloßen in einer heute abgehaltenen Versammlung, sich mit den Mitgliedern des Seemannsbundes nicht in Verhandlungen einzulassen. Auf den Hochseefischdampfern sind nur heute angelegt worden, die dem Transportarbeiterverband oder anderen freigewerkschaftlichen Organisationen angehörend. Vom St. Pauli-Warf ist am Sonntag ein Dampfer See gegangen. Von Altona wurden noch keine Fischdampfer abgefertigt.

## Internationale Bauarbeiter-Konferenz.

Amsterdam, 6. Oktober. Heute wurde hier die 4. internationale Konferenz der Bauarbeiter unter dem Vorhitz des deutschen Delegierten Pappas eröffnet. Es haben teilgenommen: Deutschland, Belgien, Frankreich, Holland, Norwegen, Schweden, Dänemark und die Schweiz.

In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung des Reichsverbandes Berlin-Brandenburg wurden als Repräsentanten gewählt: die Genossen Barmann mit 423 Stimmen, mit 374 Stimmen und Berger mit 301 Stimmen. Außerdem erhielten die Genossen Buppold 247 Stimmen, Gallupp 170 Stimmen und Diermann 99 Stimmen.

Die französischen Eisenbahner drängen auf Beschleunigung der Verhandlungen der Gesetzesvorlage, welche eine neue Erhöhung vorsieht und in der ein Anfangsgehalt von 4500 festgesetzt wird.

Die Rumänen haben Ungarn jetzt zum größten Teil unterworfen und sich auf die bei den Budapest Verhandlungen festgesetzten Antien zurückgezogen.

Der St... Die 3... 000 erh... den Stre... Die Str... ore des S... gereichen... streikposten... itung, die... zeit die W... om Volk... r Schung... Wir fo... gen auf... r o b o z i... ogt in der... reichen ge... haben die S... erlin... schloß... nen zu G... auf M... rliner G... legen... ht und... t die H... n Appell... schenken... che, die W... erbinde... schen zu... hnerkomm... etriebstat... werden... Der B... den streiken... industrie... htern Koll... gebrauch... R. K. a... Das Me... Das... onnabende... aufrieller... nisters... anne. De... man, a... ter jeden... us des... tische W... metallindus... anze sei... Um die... tigtustellen... en Meto... ontage... rkläre... In die... metallarbei... die e... d U n t... hren, un... ritel das... r f i s c h... eiter ge... metallindu... eruerung... handeln... die G... tischen W... es alles... r an... sse Ru... hrende B... tzigliche... ab r wa... örtlich: Ich fo... kan jede... Mai d. J... luge 20... beiterger... schenben... morge... politisch... Ob b... indseige... der einzu... Achtun... Die m... ggeperrte... gen nur... Die S... amation... die ein... die Angele... au mit d... Die Fu... bersdorf... eilenden

# Morgen, Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin und Spandau

## Der Streik in der Metallindustrie.

Die Zahl der Streikenden hat sich weiter um 1000 erhöht. Die Branche der Rohrleger ist mit dem Streik getreten. Die Streikleitung des Siemenskonzerns teilt mit: Alle Werke des Siemenskonzerns sind militärisch besetzt. Um Blutergüssen zu vermeiden, hat die Streikleitung sämtliche Streikposten zurückgezogen. Eine Kommission der Streikleitung, die mit dem Führer der Truppen verhandelte, erteilt die Auskunft, der Befehl zur militärischen Besetzung sei vom Polizeipräsidenten erteilt, der Zweck der Besetzung sei der Schutz der Arbeitswilligen.

Wir fordern alle streikenden und ausgesperrten Kollegen auf, sich durch das Verhalten des Militärs nicht provozieren zu lassen. Die Wirkung unseres Kampfes liegt in der Arbeitsruhe. Alle Maßnahmen der Behörden reichen genau das Gegenteil dessen, was sie bezwecken. So werden die Heizer und Maschinisten von Groß-Berlin in gemeinsamer Versammlung einstimmig beschlossen, den Streik der Metallarbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und auf Aufforderung der Fünfschneiderkommission und der Berliner Gewerkschaftskommission die Arbeit niederzulegen. Um der Bevölkerung Groß-Berlins Wasser, Licht und Lebensmittelzufuhr nicht abzuschneiden, hat sich die Fünfschneiderkommission noch nicht entschließen können, einen Appell zur Arbeitsniederlegung an die Heizer und Maschinisten ergehen zu lassen. Dem Antrage einer Kohlenstreik, die Außenmonteure dieser Branche von der Streikrolle zu entbinden, hat die Kommission nach Begründung durch den Betriebsrat stattgegeben, um das Bergwerk nicht laufen zu lassen. Anträge dieser Art sind an die Fünfschneiderkommission mit Begründung durch den Betriebsrat und der Streikleitung des Betriebes zu richten, und werden von Fall zu Fall entschieden.

Der Bund für proletarische Kultur macht sich erbötig, den streikenden und ausgesperrten Arbeitern der Metallindustrie künstlerische Vorträge zu halten. Wir empfehlen diesen Kollegen, von diesem freundlichen Anerbieten regen Gebrauch zu machen. Die Adresse des Bundes ist: R. Katteroth, Steglitz, Rommenstr. 24.

Deutscher Metallarbeiterverband.  
Das Metallarteil der Groß-Berliner Gewerkschaften.  
Der Fünfschneiderkommission.

Das „8-Uhr-Abendblatt“ brachte in seiner Sonnabendausgabe eine Mitteilung aus Kreisen der Metallindustrie, worin es hieß, daß der Vorschlag des Arbeitsministers Schlick als gescheitert angesehen werden würde. Der Metallarbeiterverband verlange neue Verhandlungen, aber nur zwischen Arbeitern und Unternehmern jeder Fachgruppe, mit anderen Worten: unter Ausschluß des Verbandes Berliner Metallindustrieller. Der deutsche Metallarbeiterverband wisse, daß die Berliner Metallindustriellen diesen Vorschlag ablehnen würden. Das Ganze sei nur ein Mandat.

Um diese Fressfäule der Öffentlichkeit aufzustellen, veröffentlicht der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Rusch, in der Sonntagausgabe des „8-Uhr-Abendblattes“ eine ausführliche Erklärung.

In dieser Erklärung legt Genosse Rusch dar, daß der Metallarbeiterverband mit diesem Vorschlag beabsichtigte, die direkte Aussprache zwischen Arbeitern und Unternehmern einer Industriebranche herbeizuführen, und zwar aus der Erfahrung heraus, daß dieses Mittel das geeignetste sei, den immer mehr anwachsenden wirtschaftlichen Kampf zu beenden. Die Metallarbeiter gehen selbstverständlich dem Verbande Berliner Metallindustrieller das Verhandlungsrecht zu, aber aus den Erfahrungen der Unternehmer geht hervor, daß sie nicht verhandeln wollten. Weiter wird in der Erklärung gesagt, daß die Gefahr eines allgemeinen Kampfes in der ganzen deutschen Metallindustrie in greifbarer Nähe gerückt ist. Und es alles, weil man die Autorität eines Schiedsgerichts, der Veränderungsbefähigkeit sei, nicht erschüttern wolle. Genosse Rusch widerlegt dann treffend die immer wiederkehrende Behauptung, daß unabhängige und kommunistische Arbeiter am Werke seien, den Streik ins politische Wasser zu lenken. Es heißt dazu in der Erklärung förmlich:

Ich fordere auf, die Probe auf das Exempel zu machen. Ich sehe sich an den Verhandlungsstil und bewillige die schon Mal d. Z. zugesagte Lohnherabsetzung. Ich garantiere: Von 20 bis 30 Pf. Lohnzulage für die niedrig entlohnten Berufsgruppen, eine Entlohnung entsprechend den jeweiligen Leistungen der Arbeiter in der Lohnklasse — und der Kampf morgen beendet! Wo würde die Behauptung, der Streik politisch, da bleiben?

Ob diese treffende Beweisführung des Genossen Rusch die bürgerliche Presse veranlassen wird, ihre andseitige Haltung den streikenden Metallarbeitern gegenüber einzustellen?

## Achtung! Ausgesperrte und streikende Arbeiter der Metallindustrie!

Wie machen Sie mit aufmerksom, daß die streikenden und ausgesperrten Kollegen sich bei allen Reklamationen und Nachfragen nur an ihre zuständige Streikleitung zu wenden haben. Die Streikleitung hat alle diesbezüglichen Beschwerden und Reklamationen im Bureau anzubringen. Es ist nicht anzunehmen, daß die einzelnen Kollegen persönlich im Bureau erscheinen und Angelegenheiten vorbringen, da derzeitige Regelungen im Bureau mit den einzelnen Kollegen nicht erledigt werden können. Die Fünfschneiderkommission.

Die Funktionäre, Arbeiter und Arbeiterinnen von Kallberg, Obersdorf, Grätzfeld und Umgegend bilden mit Stolz auf die streikenden Metallarbeiter Groß-Berlins und bringen ihnen die

vollste Sympathie entgegen. Sie betrauern die tragische Heide der bürgerlichen Presse, den rein wirtschaftlichen Kampf zu einem politischen zu entstellen und warten auf den Ruf, mit in die Kampffront einzutreten zu dürfen.

Die Funktionäre der N. S. P. D. und S. P. D. Kollegen und Kolleginnen der Firma Voletusch! Die heute stattfindende Lohnzahlung findet in der Zeit wie am Freitag statt. Der Arbeiterrat.

Achtung! A. Vork, Regel, Dienstag, nachm. 2 1/2 Uhr, findet in Hartmanns Brauerei, Schwanenstraße, für die streikenden und ausgesperrten eine Betriebsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen. Kontrollkarte dient als Legitimation. Der Arbeiterrat. J. K. Koch.

Achtung! A. S. A., Oberkornweide, Mittwoch, 8. Oktober, vormittags 10 Uhr, Betriebsversammlung in der Kula Friseurstraße. Der Obmann.

A. W. F., Abteilung Kugellager, Wittenau. Sämtliche Kollegen haben sich Dienstag und Mittwoch von 9-1 Uhr in ihren Werkstätten wieder als freiwillige Mitglieder in der Ortskrankenkasse Niederkornin zu melden.

A. S. G., Betriebe Hennigsdorf. Kassierer der Betriebsstreikliste: Treffpunkt Dienstag nachmittags 2 Uhr, Arrienstraße 105.

Wir hatten in unserer Morgenausgabe vom Montag, den 6. Oktober 1910, eine Sympathieerklärung der Angestellten der Reichsgetreidestelle gebracht. Wie uns nun der Betriebsangestelltenausschuss der Reichsgetreidestelle mitteilt, wurde zwar eine bezügliche Resolution eingebracht, gelangte jedoch nicht zur Abstimmung. Es wurde ein Antrag eingebracht, über diese Resolution zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wurde angenommen.

## Der Wiederaufbau in Frankreich.

Die Kommission der deutschen Bergbau-Sachverständigen, die die Kohlengebiete in Frankreich bereist hat, berichtet über den Zustand der Gruben folgendes:

Die Gruben sind zum Teil vollständig erschaffen und an ihre Stümpfung kann erst herangetreten werden, nachdem die Schäden in den Schächten festgelegt und die Schächte auf neue gegen Wasserdurchdringung abgedichtet sind. Diese Arbeiten sind äußerst mühselig, zumal genaue Unterlagen über die Art der Beschädigung der Schächte naturgemäß fehlen oder, weil von verschiedenen Truppenkörpern verursacht, nur schwer gesammelt werden können. Im östlichen Teil des Gebietes waren die beschädigten Bergwerksanlagen zum größten Teil schon wieder im Aufbau begriffen. Einige Schächte förderten bereits wieder und bei manchen steht die Inbetriebnahme für die nächsten Monate zu erwarten. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß die östlichen Gruben in etwa zwei Jahren, die westlichen in sechs bis acht Jahren wieder vollkommen hergestellt sein werden.

Die französischen Grubenverwaltungen haben für den Wiederaufbau zum Teil schon vollständig feste Pläne entworfen. Die Kommission hatte den Eindruck, daß die an die französischen Grubenbesitzer herangetragenen Aufgaben bei dem Wiederaufbau so bedeutend sind, daß sie die deutsche Hilfe in Anspruch nehmen werden. Diese Hilfe wird sich besonders auf Aufbaumaterialien, Schachtrepargaturen, Eisenkonstruktionen, Lieferung von Maschinen, Bau von Koksöfen einschließlich Nebenproduktengewinnung, Betriebsgebäuden, Arbeiterwohnhäusern in Form ganzer Kolonien erstrecken können.

Die reaktionäre „Deutsche Zeitung“ druckt den Bericht unter der Ueberschrift „Was amerikanische Granaten zertrümmerten“ ab und sucht auch durch die übrige Fassung der Berichterstattung den Eindruck zu erwecken, als bestünde das Ergebnis der Untersuchungen der Kommission in der Feststellung des Ursprungs der Geschosse, die den Schaden angerichtet haben. Eine Unvernunft, die auf neue beweist, daß diese Gesellschaft nicht müde wird, die alten heftigen Klagen wieder und wieder zu verbreiten, ohne den Schaden zu bedenken, der dem deutschen Volke in seiner gegenwärtigen Lage aus solcher Unwahrhaftigkeit entstehen muß.

Von gut unterrichteter Seite wird über den Wiederaufbau in anderen französischen Landesteilen ein Bericht verbreitet, aus dem wir die wichtigsten Teile wiedergeben.

Die Vereisung begann im Departement du Nord und erstreckte sich von Lille bis St. Mihiel. Sie umfaßt einen bedeutenden Teil der für den Wiederaufbau in Betracht kommenden Städte, Dörfer, Land- und forstwirtschaftlicher Bezirke in einer Ausdehnung von 480 Kilometern.

Mit Hilfe der verfügbaren französischen Kräfte, ihrer Hilfsvölker und der Kriegsgefangenen ist die Aufräumung der Städte, Dörfer, des Landes, der Straßenbahnen und Brücken begonnen. Ein geringer Prozentsatz der früheren Einwohner ist zurückgekehrt und hat in Kellern und neuerrichteten Baracken Unterschlupf gefunden. Besonders schlimm ergeht es der Landwirtschaft. Hier fehlt noch fast jede Unterkunftsmöglichkeit. Die Bauern können folglich noch nicht zurückkehren.

Die wichtige Aufgabe, Beschaffung von Wohngelegenheit, wird durch die großen Transportchwierigkeiten stark behindert. Die gesamten Aufgaben sind so groß und so gewaltig, daß sämtliche in ihrer Heimat überflüssigen Kräfte Europas dort Verwendung finden können. Es braucht kein Land die Bevölkerung zu hegen, ausgefalltet zu werden.

Nach dem vorliegenden Teilbericht ist aber in diesem Jahre eine Aufnahme der Arbeiter durch Land- und forstwirtschaftliche Betriebe unendlich geworden. Das Jahr 1910 wird zunächst der Aufräumung und der Herstellung von Baumaterialien zu widmen sein und den Vorbereitungen anderer Art. Das Rohmaterial zur Herstellung von Ziegelsteinen befindet sich fast in allen Bezirken in erreichbarer Nähe. Das gleiche gilt von Kalk, Sand und Kies. Die Errichtung von Häusern hat teilweise begonnen; die Herstellung anderer ist in Aussicht genommen; ebenso die Verbesserung der Transportmöglichkeiten.

Die Bedingungen, unter denen voraussichtlich deutsche Arbeiter sich am Wiederaufbau beteiligen können, sind Gegenstand fortgesetzter Verhandlung. Es ist Aussicht vorhanden, die Unabhängigkeit, die persönliche Sicherheit, die

Fortsetzung der gewerkschaftlichen Organisation, Versammlungsfreiheit, Sicherung der Sozial- und Arbeiterschutzgesetze und dergleichen zu erreichen. Die Verhandlungen hierüber werden fortgesetzt.

Der Bericht zeigt aufs neue den ungeheuren Schaden, der angerichtet worden ist, und die Größe der zu lösenden Aufgaben. Er zeigt zugleich, daß die Vorbereitungen für die endgültige Aufnahme der Wiederaufbauarbeiten in großem Umfange sehr langsam voranschreiten, so daß in diesem Jahre noch nicht an die Teilnahme deutscher Arbeiter zu denken ist. Wir hoffen, daß die deutschen Behörden die reichliche Zeit nutzen werden, um die Vorbereitungen für die Teilnahme deutscher Arbeitskräfte, die Festschließung der Arbeits- und Unterkunftsbedingungen usw. in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften so gründlich zu erledigen, wie diese Aufgabe es verdient. Die Einzelheiten der Vereinbarungen müssen der Öffentlichkeit rechtzeitig bekanntgegeben werden, damit die Arbeiterchaft noch dazu Stellung nehmen kann.

## Gewerkschaftliches.

### Krisis im Steinschneiderverband.

Der Kampf um die Richtung in der Filiale Berlin des Steinschneiderverbandes hat eine neue Wendung genommen. Eine Versammlung am Sonntag hat gegen 16 Stimmen den Beschluß gefaßt, an den allen (von den Mitgliedern abgesehen, vom Hauptvorstand aber gehaltenen) Kassierer keine Beiträge mehr abzuliefern. Dieser Beschluß ist zu bedauern, und wir haben vor ihm gewarnt. Denn wir werden es erleben, daß der Zentralvorstand aber gehaltenen Kassierer keine Beiträge mehr und damit ist er die Opposition los. Mit dem Rest wird der Zentralvorstand eine neue Filiale errichten, und ein Teil der Mitglieder, die Steinschneider, haben schon jetzt die Erklärung abgegeben, daß sie sich auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse — für Arbeitsgemeinschaften usw. — stellen und das Verhalten der Steinschneider der Filiale Berlin nicht billigen. Die Folge wird sein, daß sich im Berliner Steinschneiderberuf eine Spaltung vollzieht, die nicht erwünscht ist.

Es fragt sich nun, ob ein anderer Weg übrig blieb als der durch den Beschluß sich ergebende. Der Zentralvorstand, im Besonderen aber der Bauvorsitzende Schenke, hat gewiß die Mehrheit der Berliner Mitglieder zum äußersten provoziert. Er, der sich nicht scheut, öffentlich zuzugeben, daß er bestrebt ist, erkennt den neu gewählten Berliner Vorstand nicht an, weil dieser in der Arbeitsgemeinschaft eine Gefahr für die Interessen der Berufsleute erblickt. Er beschimpft die Mitglieder in der infamsten Weise, beruft auf eigene Haus Versammlungen ein, um gegen den neuen Vorstand zu intrigieren, und läßt seine Gegner dort nicht zu Worte kommen. Die Interessen der Mitglieder werden nicht gewahrt, denn es war seinerzeit vereinbart, daß der Stundenlohn ab 1. Oktober um 30 Pf. erhöht werden sollte, falls bis dahin die Lebensmittel nicht billiger geworden sind. Das letztere ist nicht geschehen, und trotzdem weigern sich jetzt die Unternehmer, den Lohn zu erhöhen. Der Zentralvorstand tut nichts dagegen, er hat keine Zeit, er muß erst die Opposition töten.

In der vorigen Woche hat sich der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission mit den Differenzen beschäftigt, ohne daß eine Einigung herbeigeführt werden konnte. So mußte es hart auf hart kommen.

Trotzdem müssen wir an unserem Standpunkt festhalten und die Beitragsperre als eine solche taktische Maßnahme bezeichnen. Zu diesem Schritt war es noch immer Zeit; vorher müssen aber erst alle übrigen Wege versucht werden, um dem Willen der Mitglieder zum Recht zu verhelfen. Es steht fest, daß die Arbeitsgemeinschaft für das Steinschneidergewerbe von dem Bauvorsitzenden mit den Unternehmern abgeschlossen wurde, ohne daß die Mitglieder befragt wurden. Das war eine Verletzung der Demokratie, wie sie sich härter nicht denken läßt. Hier müßte die Opposition antreten und durch eifrige Agitation dafür sorgen, daß auch im übrigen Reich die Mitglieder dem Zentralvorstand das Vertrauen entziehen und dessen Politik nicht mehr mitmachen. Bis dahin muß es heißen: Die Hände zusammenbeihen und agitieren. Andernfalls laßt sich der Zentralvorstand und seine Komplizen ins Häuschen. Die Herrschaften haben auf solchen Schritt nur gewartet, sie werden befreit ausfallen, daß sie mit der Opposition in ihren Reihen nichts mehr zu tun haben.

### Streik der Rohrleger.

Die Rohrleger und Helfer nahmen am Sonntag Stellung zu den Tarifverhandlungen. Diese teilte mit, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern nicht das Ergebnis gezeigt haben, welches sich die Kollegen durch Verständigung der Verhandlungsführer der Unternehmern gegenüber erhoffen konnten. Es ergab sich eine Ablehnung der gemachten Angebote, und wurde von 1898 abgegebenen Stimmen, wovon 25 unglücklich waren, mit 1409 für Streik und 201 für Arbeit, beschlossen, ab Montag, den 6. Oktober, die Arbeit ruhen zu lassen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschäftigte sich die Versammlung mit den Vorarbeiten in der Brandenburger Versammlung am Donnerstag, die bekanntlich von Rodetruppen aufgelöst wurde. In einer einstimmig zur Annahme gelangten Resolution wird energisch gegen diesen brutalen Eingriff in das Versammlungswort protestiert und in diesem Vorgehen ein höchster Beweis dafür erblickt, daß die Arbeiter zur Zeit in einem außerordentlich demokratisch-sozialistischen Staat reiflicher sind und befreiter ungedrückt werden als selbst im vorrevolutionären kaiserlichen Deutschland.

### Bevorstehender Streik in den Berliner Annoncen-Expeditionen.

Durch das Verhalten der Arbeitgeber, die von ihren eigenen Zugeständnissen noch Abstriche machten, dürfte es zum Streik kommen. In geheimen Betriebsabstimmungen bei maßgebenden Firmen ergab sich eine überwältigende Majorität für den Streik, falls die nachmaligen Verhandlungen kein besseres Ergebnis zeitigen.

Die Bekanntgabe des Ergebnisses erfolgt in einer heute, Dienstag abend, 7 Uhr, stattfindenden Versammlung der Angestellten aller Berliner Annoncen-Expeditionen in den Zentralbüros, Spiegelstra. 32. Vollständiges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.



### Entschiedene Schulreform.

Am 4. und 5. Oktober tagte im Herrenhause eine öffentliche Konferenz entschiedener Schulreformer unter den akademisch gebildeten Lehrern. Das Interesse der Oberschicht der Groß-Berliner daran war ziemlich stark. Eröffnet wurde die Tagung durch eine Rede des Kultusministers Gaenisch, worin er als Entschuldigung für das Verhalten der Regierung in der Schulreform die drei Gründe anführte: schlechte Finanzlage, Koalitionserregung und reaktionäre Bestimmung des Lehrerstandes. Im Laufe der Konferenz wurde ihm jedoch vieles entgegengehalten, das sich nicht entschuldigen läßt, insbesondere, daß je manche Verbesserungen gerade finanzielle Ersparungen mit sich bringen würden. Vor allem trat ihm der Forderer, Prof. Oestreich, hart entgegen. Er rief ihm zu: „Sonst werde hart!“ und gab ihm zu verstehen, daß er sich nicht zum Gespött der Schulbuben machen lassen dürfe. Ob man allerdings in den guten Willen Gaenischs allzu großes Vertrauen setzen darf, ist zum mindesten zweifelhaft, schied er doch seine eigenen Kinder, trotzdem ihm die Einheitschule so sehr am Herzen liegt, selbst in die Vorklasse.

Der größte Teil der Tagung war ausgefüllt von einer Reihe von Vorträgen, die auch gesammelt in Buchform erscheinen werden, und die sich im einzelnen über neue Ziele und Wege der Erziehung und des Unterrichts befaßten. Auch in zwei öffentlichen Volksversammlungen wurde eine Reihe aktueller Themen behandelt. Wir können natürlich im folgenden nur auf eine kurze Beschreibung der wichtigsten Referate eingehen.

Prof. Oestreich sprach über die Begründung und den Aufbau der Einheitschule. Sie soll aus einer gemeinsamen, unendlich differenzierter Grundschule hervorgehen. An sie schließt sich ein fünfjähriges Schulsystem, das nach dem Urteil von Eltern, Lehrern und Pädagogen nach Begabten, Normalen und Schwachbegabten geschieden ist. Als Fortsetzung der Begabten- und zur Vorbereitung zum wissenschaftlichen Studium sei eine dreijährige Oberschule gedacht.

Stadtschulrat Dr. Buchenau behandelte in großen Zügen die Lehrer- und den Lehrereinstellung und legte großen Wert auf die Einheit und soziale Bestimmung des Lehrerstandes. Dr. Karzen machte praktische Vorschläge zur Verbesserung der Lehrerschaft.

Wissenschaftlich am wertvollsten waren die beiden Vorträge Dr. Bauges über Pädagogische Professoren, Hochschulen und Fakultäten sowie seine philosophische Propädeutik, ferner der Vortrag Dr. Ausländers über die Reform des Geschichtsunterrichts und Dr. Wuefings über Soziologie und Erziehung zur sozialen Verantwortung, die beide den Geist des historischen Materialismus atmeten. Leider ist es uns aus Raumangel unmöglich, auch auf diese Vorträge näher einzugehen, welche ungeheuren Wert sie auch für den wissenschaftlich denkenden Volksgenossen haben mögen. Aber es ist bezeichnend, daß gerade sie in der Diskussion den größten Widerstand gefunden haben. Dem starken Protest wird nicht entgegen sein, daß gerade der hier vertretene Gegenstand zwischen den sogenannten Kulturphilosophen und den naturwissenschaftlich gesinnten Denkern auch der heute ist, wo sich die Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus von den bürgerlichen Ideologen trennen müssen. Man kann es verstehen, daß auf bürgerlich denkende Privatdozenten dem Vortrage des Dr. Braun das System der materialistischen Geschichtsauffassung wie ein rotes Tuch wirken muß und daß man sich gern hinter einen „kapitalistischen Geist“ flüchten möchte, mit dem man die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu entschuldigen sucht. Doch diese Herren des Wesen des historischen Materialismus ist fast nicht vorhanden haben, mögen sie auch noch länger als 19 Jahre Philosophiedozent gewesen sein, das beweisen die Ausführungen Dr. Brauns, daß alles wieder auf zwei verschiedene Bestimmungen hinausläuft, die selbst wieder auf persönlichen Erlebnissen u. a. beruhen — womit er also, ohne daß er es merkt, eine ganze Einrede selbst widerlegt und unfehlbar den historischen Materialismus anerkennt.

Für den Proletariat kann es nur eins geben, strengste Wissenschaftlichkeit; nur hierauf kann und muß sich der Sozialismus aufbauen. Sagte doch schon Bakunin: „Die Wissenschaft und die Arbeit, das sind die beiden letzten Ziele der Menschheit. Darin liegt ja doch gerade die Berechtigung des Sozialismus, daß er eine sakrale Weiterentwicklung ermöglicht und von entscheidender Bedeutung muß haben die Frage sein, in welchem Maße die kapitalistische Gesellschaft alle diese vorgeschlagenen Reformen überhaupt durchführen kann. Der Wert dieser Konferenz und einer sich ebenfalls anschließenden Vereinigung wird also für das arbeitende

Volk nur ein bedingter sein, etwa wie es aus der Wissenschaftlichkeit dieser Referate, zu denen auch die Ausführungen Prof. Bauges gehören, entspringt. Ein anderer Nutzen der Vereinigung wird wohl für das Proletariat nicht zu erwarten sein, das geht schon aus dem inneren Widerspruch der Anschauungen der Beteiligten hervor. Hierher gehört auch, daß man sich nur auf akademisch gebildete Lehrer beschränken will. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die dieser Vereinigung angehörenden Sozialisten ihre Kräfte nutzlos vergeuden. Es ist daher nur dringend zu wünschen, daß sich alle zum Sozialismus Bekennenden akademischen Lehrer auf rein sozialistischer Basis sammeln, wie dies der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Oesterreichs versucht. Eine jede Zersplitterung kann auch bei gemeinsamem Ziel nur schaden.

## Groß-Berlin.

### Tarifbewegung der Berliner Rettungsdärzte.

In der Nachricht über einen drohenden Streik der Ärzte der Berliner Rettungstellen erfährt die „F. Z.“ am Mittwoch, daß es sich nicht um einen Streik wegen Gehaltsdifferenzen handelt, sondern um die Ablehnung des Tarifvertrages durch den Verbandsausschuß. Auch wird bestritten, daß versucht worden sei, die Heilgehilfen mit in die Bewegung zu ziehen. Die Heilgehilfen seien lediglich geworben worden, Tätigkeiten auszuüben, die nur den Ärzten zustehen.

Vorläufig ist der Betrieb der Rettungstellen in keiner Weise gestört.

### Beschärfung des Einstellungszwanges für Schwerbeschädigte.

Nach der Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 waren alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureaus und Verwaltungen verpflichtet, auf je 100 Arbeitnehmern einen Schwerbeschädigten oder Schwereunfallverletzten zu beschäftigen. Nur für die Landwirtschaft galt die besondere Bestimmung, daß schon bei je 60 Arbeitnehmern ein Schwerbeschädigter oder Schwereunfallverletzter einzustellen sei. Die ungünstige Entwicklung des Wirtschaftslebens, die sich jetzt am Eingang des Winters besonders sichtbar macht, hat die Reichsregierung gezwungen, den Einstellungszwang für Schwerbeschädigte zu verschärfen. Nach einer Verordnung vom 24. September 1919, die am 27. September im Reichgesetzblatt Nr. 100 veröffentlicht worden ist, wird vorgeschrieben, daß alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureaus und Verwaltungen verpflichtet sind, auf 25 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten und auf je 50 weitere Arbeitnehmer mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Die besondere Behandlung, die die Landwirtschaft bisher erfahren hatte, wird beseitigt. Auch für sie gelten also künftig die vorstehenden Bestimmungen.

Die Reichsregierung stellt, mit dieser Bestimmung dem demnach anzuwendenden Bedürfnis Genüge zu tun. Im übrigen geht der Entwurf auf dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter in diesen Tagen dem Reichsrat zu. Es ist zu hoffen, daß Reichsrat und Nationalversammlung in der Lage sein werden, dieses Gesetz mit der wichtigsten Beschleunigung zu erlassen, damit an Stelle der vorübergehenden Regelung bald eine endgültige Bestimmung tritt.

### Beraubte Postbeamte.

Der Reichspostminister wurde Ende August d. J. gemeldet, daß wieder eine große Zahl Postbeamte in Not geraten sei. Um diese zu verhindern, die Ware zu beschlagnahmen und die Schieber dingfest zu machen, traten zwei Beamte der Militärpolizei mit den angeführten Verhaftungen in Verbindung. Diese, ein Kaufmann Köhler aus der Dendlerstraße 14 und ein Rentant Thiel, wurden mit den verurteilten Mörderin Bondebeins und beauftragten sie, sich mit den Hausbesitzer, 25 000 Mark, in einem Schnelzug in der

Kunstsache 29 einzufinden, um den Fuder in Empfang zu nehmen. Als die Beamten dort erschienen, wurden sie von zwei Unteroffizieren empfangen, die im Auftrage der beiden ersten handelten. Sie sagten, daß sie den Fuder zur Stelle hätten und verlangten von den Häusern, daß diese zuerst das Geld gelöst hätten. Als die Beamten die Briefschaften herausholten, um die Unteroffiziere zu überzeugen, daß sie auch tatsächlich das Geld hätten, zogen diese plötzlich ihre Revolver, entrißen den Beamten die 25 000 Mark und schloffen sie, immer die Mündung der Revolver auf sie richtend, in das Zimmer ein. Dann fuhren sie mit dem Kraftwagen, in dem die Beamten gekommen waren, davon. Den Erfolg ihres Gaunerreiches teilten sie sodann einer Wochenschrift mit, um sich so über die Beamten, die sie als solche erkannt hatten, abendern noch lustig zu machen. Die Militärpolizei meldete den Vorfall der Berliner Kriminalpolizei, deren Hauptabteilung es jetzt unter Leitung des Kriminalkommissars Lehnerdt gelungen ist, die beiden Unteroffiziere und die Urheber des Streiches, den Kaufmann Köhler und den Rentant Thiel, zu ermitteln und hinter Schloß und Riegel zu setzen.

### Raubmordversuch in der Seestraße.

Ein schweres Verbrechen ist, wie erst jetzt festgestellt wurde, wahrscheinlich in der Nacht zum vergangenen Sonntag in dem Hause Seestr. 60 verübt worden. Dort wurde die 38 Jahre alte, von ihrem Namen getrennt lebende Frau Grube bestmungslos in der Wohnung gefunden. Der Kopf hing auf den Fußboden herunter und lag in einer großen Blutlache. Die Schwereverletzung wurde nach dem Verhören festgestellt, wo der Kopf festhielt, daß sie außer einer Kopfwunde, die von einem Unfall herührte, noch zwei schwere Verletzungen an den beiden Schläfen und außerdem mehrere Stichwunden am Hals hatte. Die Nordkommission des Berliner Polizeipräsidiums stellte fest, daß geschloßen ein Raubmordversuch vorliegt. Schranke und Bekleidung waren durchwühlt und ein großer Rohrsplattenteller und mehrere Kleidungsstücke geraubt. Die Ermittlungen ergaben, daß die Frau öfter Männerbesuch empfing. Wahrscheinlich ist sie schon einem solchen Besucher überfallen und beraubt worden. Auf die Ergreifung des Täters und für geeigneten Angaben zur Klärung des Verbrechens ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Mangelnde Kartoffelzufuhr. In den letzten Tagen sind die Aufkäufe von Kartoffeln nach Berlin äußerst gering. Die Ursache ist vorwiegend im Waggengemangel zu suchen. Der Magistrat hat an die zuständigen Reichs- und Landesstellen das bringende Schreiben gerichtet, für rechtzeitige und ausreichende Wagenstellung Sorge zu sein, da andernfalls die Beschaffung der Kartoffelwagengemenge erfolgen muß.

Gunsterträge bei einer Beerdigung. Die Hauptstelle des Gesundheitsamts verlangte kürzlich bei der Vermittlungsstelle für Schwerbeschädigte der Hauptfürsorgestelle der Provinz Brandenburg, Berlin W., Königin-Augusta-Str. 12, lautmännlich vorgeschriebene Kriegsbeschädigte zur ausschließlichen Beschäftigung für rechenerische Arbeiten. Als Lohn wurde für eine achtstündige Arbeitszeit 4,80 M. (in Worten: vier Mark 80 Pf.) genannt. Es ist unerhört, daß derartige Löhne bei einer Beerdigung noch bestehen können.

Eine Kasse für Fleißer und verwandte Berufe hat der königliche Arbeitsnachweis im Oberjohal des Vieh- und Schlachthofes eröffnet. (Hauptredakteur: Königshof 3049.)

Gewalttätige für Gewerkschaften. Anfang Oktober begannen die sechsundsechzig Hauswirtschaftlichen Kurse. Nach Beendigung wird ein Zeugnis erteilt, das die Aufnahme einer Haushälterin erleichtert. Die Kurse sind kostenlos, während die Unterhaltung weiter geht und die Kostempfehlung in der Schule erfolgt. Anmeldungen erfolgen im Arbeitsnachweis Rüdigerstraße 9 in der Zeit von 8-8 Uhr, Sonnabends bis 1 Uhr und allen Hauswirtschaftlichen von 8-12 Uhr und 4-7 Uhr, Sonnabends bis 12 Uhr. (Schnelzug 1, Postamt-Pl. 5, Gormannstraße 13, Kopenstraße 1, Postamt 1.)

Sprechstunden der Postkommissionen. Vom 8. Oktober ab hat die Postkommission für das Publikum nur noch für die Zeit von 9 bis 14 Uhr geöffnet. Ihre diesjährigen Personen können abgelehnt werden, die bis 14 Uhr erschienen sind. Der Sonntagsdienst bleibt bestehen.

Erweiterungsbau des Berliner Krankenhauses. Die von den städtischen Körperschaften bewilligte zur Behebung der Notwendigkeit der Erweiterung des Krankenhauses in Rudow wird

## Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Ein Manuskript übertragen von Hermyna zur K. H. H.

### Zweites Kapitel.

Jimmie Higgins kauft einer Rede.

Im Opernhaus waren Genossin Mabel Smith, Genosse Weiskner, Genosse Goldstein, der Sekretär der Partei, und die drei Mitglieder des Empfangskomitees: Genosse Roswood, der junge Rechtsanwalt, Genosse Dr. Service und Genosse Schulze von der Leppidvebergetwerkstatt versammelt. Jimmie stürzte atemlos zu ihnen herein: „Wissen Sie es schon?“

„Was denn?“

„In Deutschland wurden hundert Sozialisten verurteilt!“

„Gott!“ rief Genosse Schulze entsetzt; er hatte einen Bruder in Leipzig, der an einer sozialistischen Zeitung Redakteur war und sich im dienstpflichtigen Alter befand.

„Wo haben Sie es gelesen?“ fragte er, und Jimmie berichtete, was er wußte. Allgemeine Verwirrung entstand, von allen Seiten kamen Leute gelaufen, Fragen, empörte und klagende Rufe wurden laut. Auch hier war es, als sei gegen Leppidveber Genossen ein Verbrechen begangen worden — so sehr fühlten sich alle eins mit den Opfern. In einer Stadt, die eine Brauerei besaß, gab es natürlich viele deutsche Arbeiter, doch wenn dem auch nicht so gewesen wäre, das Gefühl wäre das gleiche geblieben, denn die Sozialisten der ganzen Welt waren eins; Internationalismus war die Seele der Bewegung. Da der Kandidat entdeckt hatte, daß Jimmie Sozialist sei, so war gleich jede Vorstellung unnützlich; sie fühlten sich sofort als Freunde, und das gleiche wäre bei einem Genossen aus Deutschland, Japan oder dem innersten Afrika der Fall gewesen — selbst wenn er kein Wort Englisch gesprochen hätte; das Wort „Sozialist“ genügte.

Eine Weile waren aller Gedanken mit Deutschland beschäftigt, schließlich jedoch erwähnte einer einen lokalen Verbands; der Kandidat war nicht angekommen. „Aber er ist doch hier!“ rief Jimmie aus. „Aber Aufmerksamkeit wandle sich ihm zu.“ „Wo?“ „Dann?“ „Wie?“

„Er kam heute morgen an.“

„Weshalb haben Sie uns dies nicht mitgeteilt?“ Genosse Dr. Service vom Empfangskomitee sprach in scharfem Ton.

„Er wollte nicht, daß man es wisse,“ entgegnete der formlose Jimmie.

„Wie er wollte, daß wir vergebens auf den Bahnhof gehen und glauben sollen, er habe uns im Stich gelassen?“

Freudlos, der Zug war längst angekommen! Jimmie hatte ihn und das Empfangskomitee ganz vergessen, und was nun nützlich genug, sein Vorhaben zu vergessen. Er erzählte, wie er mit dem Kandidaten auf den Rand hinaus gewandert, wie sie im Fluß gebadet, beim Schwimmen das Telegramm gelesen hatten; er berichtete, wie sich der Kandidat verhalten und was er gesagt habe. Der arme Jimmie glaubte in seiner Unschuld, alle würden seine Begeisterung nachfühlen, und als bei der nächsten Lokalversammlung Genosse Dr. Service einen seiner Vorschläge äußerst schroff ablehnte, wußte der kleine Maschinist gar nicht, wodurch er diese Kränkung verdient habe. Jimmie fehlte eben jeder Sinn für das Weltliche; er verstand nicht, daß ein wohlhabender Arzt, der sich aus reiner Menschlichkeit der Bewegung anschließt, sein Bestes und einen Teil seines Vermögens sich selbst zum Schaden opfert, mit Recht eine gewisse Verbitterung von den Jimmie Higgins dieser Welt und sogar von einem Kandidaten erwarten dürfte.

### II.

Man hätte meinen können, Jimmie müßte müde sein. Doch war dies ein Tag, an dem die Forderungen des Fleisches unberücksichtigt blieben. Er half der Genossin Mabel auf jeden Fall ein Flugblatt zu legen, das einen Brief des lokalen Kongresskandidaten enthielt; dann jagte er nach einer Tromm und gab seinen letzten Cent aus, um rechtzeitig Jimmie heimzuleiten; seine Frau vergaß er nicht, wie er vorher das Komitee vergessen hatte.

Jimie hatte inzwischen getrennt alle Vorbereitungen getroffen; die drei Kinder drückten in bunten Kostümen, sie hatte den Morgen mit Wägen und Wägen dieser Gewänder, sowie ihres eigener rotstrümpfen, ihrer Irminolinhait weißen Kleides verbracht. Das Kleid zeigte zu Jimie, die groß, breithüftig, vollbusig war, große braune Augen und schmerzliches Lächeln hatte. Sonntaglich gekleidet, war sie eine köstliche, städtische Frau, und Jimmie war stolz auf seine Wahl. Es war ein Kunststück gewesen, dort,

wo er Nigge gefunden hatte, eine gute Frau zu finden und zu erkennen. Sie war fünf Jahre älter als er, eine Böhmin, die mit fünf Jahren nach Amerika gekommen war. Ihr früherer Name, mit Rücksicht auf die Umstände konnte man nicht „Mädchen“-Name sagen, lautete Elizabeth Kusar, und sie sprach ihn so aus, daß Jimmie lange Zeit geglaubt hatte, sie heiße Eliza Detwiler.

Jimmie bemerhte hastig ein Stück Brot und stürzte eine Tasse voll Milch schmodenden Trog hinaus; dann verpackte er die Babys in den Kinderwagen, und er und seine Frau tröteten geduldig die anderthalb Meilen zum Zentrum der Stadt. Als sie anlangten, nahm Nigge das älteste Kind und Jimmie die beiden anderen, so betrat sie das Opernhaus. In diesem heißen Abend waren die Kinder wie drei kleine Oesen in den Armen der Eltern; wachten sie gar auf und begannen zu weinen, so waren die ersten vor die Wahl gestellt, sich etwas Interessantes entgegen zu lassen oder zorniger Blicken und Worten ringsum Trost zu bieten. In Belgien hatten die Sozialisten im „Hollendhaus“ eine Krippe errichtet; die amerikanische Bewegung kannte diese nützliche Einrichtung noch nicht.

Der Raum begann sich zu füllen. Leute strömten herein; Jimmie brockte sich und die Familie unter, auch betrachtete dann mit stolzen Augen die Szene. Das Flugblatt des lokalen Kandidaten wurde eifrig gelesen, die Banner, die Jimmie befestigte, prangten an den Wänden, auf dem Tisch der Rednertribüne stand eine Flasche Eiswasser, Blumen, und kanobon lag der Hammer des Vorsitzenden vor der Tribüne befanden sich schon geordnet die Säge des „Niederfranz“, der bereits fast vollständig erlöschten war, — harte, etwas hässliche deutsche Gesellen mit rosenfarbten Gesichtern. Jede Einzelheit, die man so eben ersehen, verdankte zum Teil Jimmie und seiner Frau; er fühlte eine Art Vorkühnheit auf die wogende Menge bei dem Gedanken, was sie ihm schuldete. Sie hatte ja keine Meinung von den Vorbereitungen. Die Arbeit gläubigen, ein Meeting wurde aus der Erde. Sie zahlten zehn, oder für reservierte Plätze fünfundsiebzig Cent, vermeinten, damit sei alles gedeckt, womöglich sollte noch ein Ueberfluß in irgendeinem Talbe, für immer sie darüber, daß die Sozialisten Eintrittsgeld für ihre Versammlungen verlangten; weshalb war der Eintritt nicht frei, wie bei den Demokraten und Republikanern? (Fortsetzung folgt.)

